

**Nushası 5 Kruxtur**  
**ABONE**  
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)  
**DAHİL İÇİN HARİÇ İÇİN**  
 Aylık Türk lirası 1.50 R.M. 5.-  
 Üç aylık " " 4.25 " 13.-  
 Altı aylık " " 8.- " 25.-  
 Bir senelik " " 15.- " 50.-  
 yahut mukabili.  
 İdarehane  
 Tekke Caddesi No. 585 ve 587.  
 Telgraf adresi: Türkpost.  
 Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.  
 Posta Kutusu: Galata 269.

# Türkische Post

**Preis der Einzelnummer: 5 Krux**  
**BEZUGSPREISE:**  
 Inland Ausland  
 für 1 Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.-  
 " 3 Monate " 4.25 " 13.-  
 " 6 Monate " 8.- " 25.-  
 " 12 Monate " 15.- " 50.-  
 oder Gegenwert  
 Geschäftsleitung:  
 Tekke-Strasse Nr. 585-587.  
 Drahtanschr.: Türkpost.  
 Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.  
 Postfach: Galata 269.

5 Jahrgang Nr. 332

**Türkische Postzeitung für den Nahen Osten**

Stambul, Mittwoch, 3. Dez. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptstädt Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

## Ueber die Abrüstung.

Paris, 2. Dez.

Die „Ere Nouvelle“, das Organ Herriots, behandelt in einem interessanten Artikel die Auseinandersetzung zwischen Tardieu und Curtius über die Auslegung des Versailler Vertrages im allgemeinen und die Frage der Abrüstung im besonderen. Dr. Curtius sehe in der Präambel der Militär-, Zivil- und Luftfahrtklausel des Versailler Vertrages ein zweiseitiges Übereinkommen, während Tardieu von einem spontanen Wunsch der ehemaligen Alliierten spreche, zu einer allgemeinen Abrüstungseinschränkung zu gelangen. Tardieu habe in der Kammer die Angelegenheit so dargestellt, daß „diese Verminderung der deutschen Rüstungen von den ehemaligen Alliierten als ein Mittel zur Abrüstungseinschränkung der übrigen Staaten angesehen werde.“ Eine derartige Auslegung, so betont das Blatt, sei zumindest beunruhigend, wenn sie von dem Chef eines Staates gemacht werde, der soviel gelitten habe, um endlich die Heiligkeit der Verträge durchzusetzen. Man dürfe nicht vergessen, daß der Versailler Vertrag nicht beraten, sondern diktiert worden sei und daß die Präambel daher niemals das Ergebnis eines Zugeständnisses sein könne, das den Siegern von den Besiegten entlockt worden sei. Wenn auch die Erklärung der Alliierten über die Abrüstung plötzlich durch Frankreich abgegeben worden sei, so stelle sie als ein unteilbares Ganzes mit dem Vertrag eine wechselseitige Verpflichtung dar. Bei den Siegerstaaten seien sämtliche Klauseln des Vertrages vollständig erstanden und seien dennoch für alle Welt geltend und befehlend. Der genaue Text der Abrüstungsklausel beginne mit den Worten „Um die Vorbereitung einer allgemeinen Abrüstungseinschränkung aller Staaten möglich zu machen, verpflichtet sich Deutschland...“. Dieses „um...möglich zu machen“ bedeutet nichts anderes als daß eine allgemeine Abrüstungseinschränkung der juristische Grund für die Verpflichtung Deutschlands sei. Diese Verpflichtung dehne sich augenblicklich auf sämtliche Unterzeichner des Versailler Vertrages aus, und ihre Gründe und Ziele seien so klar, wie nur eben möglich. Man könne nicht annehmen, daß Tardieu sich den Verpflichtungen des Versailler Vertrages entziehen wolle, denn die Abrüstung Deutschlands hätte sich sehr wohl auch auf andere Gründe aufbauen können. Man hätte sich zum Beispiel auf die Anerkennung der Kriegsschuld stützen oder sagen können „um einen ähnlichen Angriff zu verhindern, oder um Deutschland unschädlich zu machen“. Man habe dies nicht getan. Und so setze der Versailler Vertrag als Grund und Ziel der deutschen Abrüstung eine allgemeine Abrüstungseinschränkung aller Staaten fest. Außerdem sei die gegenseitige Verpflichtung, an einer allgemeinen Abrüstung teilzunehmen, in Artikel 8 des Völkerbündnispaktes sowie im Schlußakt des Locarno-Vertrages ausdrücklich festgesetzt.

## Der Staatspräsident.

Der Staatspräsident hat gestern nachmittag um 2 Uhr das Palais von Dolma Bagtsche verlassen und begab sich in die Kriegsakademie, in die Zivilhochschule und anschließend in die Harbie Schule, wo er neben den Schülern Platz nahm und dem Unterricht zuhörte. Später fuhr der Staatspräsident in das Lyzeum am Galata Serai, und liess sich vom Direktor des Lyzeums eingehend über die Unterrichtsmethoden der Schule Bericht erstatten.

## Tewfik Rüşdi Bej.

Außenminister Tewfik Rüşdi Bej ist gestern vormittag in Sofia eingetroffen. Er wurde am Bahnhof vom bulgarischen Außenminister Burroff und zahlreichen prominenten Persönlichkeiten empfangen. Am Abend veranstaltete der bulgarische Außenminister Burroff zu Ehren Tewfik Rüşdi Bejs und seiner Begleiter ein Bankett an dem unter anderem Tewfik Bej, der türkische Gesandte in Sofia Subhi Sia Bej, der bulgarische Ministerpräsident Liaptseff und zahlreiche Persönlichkeiten der bulgarischen Regierung teilnahmen.

## Ibrahim Tali Bej.

Der Generalkonsul für die Ostwalajets, Ibrahim Tali Bej, ist gestern aus Brussa hier eingetroffen. Ibrahim Tali Bej wird sich in einigen Tagen nach der Hauptstadt begeben.

## Fewsi Pascha—Malatia.

Aus Malatia wird gemeldet, daß der erste Zug von Fewsi Pascha gestern in Malatia eingetroffen ist. Eine grosse Menschenmenge hatte sich am Bahnhof von Malatia eingefunden, um den ersten Zug zu begrüßen.

## Fethi Bej.

Der Führer der früheren liberalen Partei und Abgeordnete von Gümtschane, Fethi Bej, hat an den Präsidenten der G. N. V. einen neuen Antrag für eine Interpellation gestellt. In dem Antrag wird angeführt, dass im Jahre 1928 auf Beschluss des Staatsrates gegen die Stadtverwaltung in Adana gerichtliche vorgangen werden sollte, während das Innenministerium diesen Beschluss bis heute noch nicht ausgeführt hätte.

## Türkische Studenten in Deutschland.

Die deutsche Hochschulstatistik für das Sommerhalbjahr 1930 gibt wieder ein aufschlußreiches Bild über die in Deutschland studierenden Ausländer. Im Sommersemester 1911 studierten in Deutschland 69 türkische Staatsangehörige, im Sommersemester 1929 88 und 1930 bereits 103 Türken. Die entsprechenden Zahlen für bulgarische Studenten sind 369, 413 und 422, für Griechenland 125, 127 und 115. Von den 103 türkischen Staatsangehörigen, darunter 2 weibliche, studierten insgesamt 43 an Universitäten, und zwar in Berlin 13, in Bonn 7, Breslau 1, Göttingen 2, Halle 1, Kiel 2, Marburg 1, München 4, Leipzig 3, Tübingen 1, Heidelberg 2, Gießen 2, Hamburg 4, auf Technischen Hochschulen insgesamt 52, und zwar in Berlin 16, Hannover 1, Aachen 2, München 6, Dresden 17, Stuttgart 5, Karlsruhe 4, Braunschweig 1, auf landwirtschaftlichen Hochschulen insgesamt 4, und zwar in Berlin 2, Weihenstephan 1, Hohenheim 1, auf der Tierärztlichen Hochschule in Berlin 1, auf der Bergakademie in Claustal 1, auf der Handelshochschule in Berlin 1, auf der Pädagogischen Akademie in Berlin 1.

Die 43 Universitätsstudenten verteilten sich auf folgende Studienfächer: Rechts- und Staatswissenschaft 6, Volkswirtschaftslehre 4, Allgemeine Medizin 6, Tierheilkunde 3, Philosophie und Pädagogik 5, Alte Sprachen 1, Neue Sprachen 1, Germanistik 2, Geschichte 4, Mathematik 1, Chemie 1, Biologie 4, Landwirtschaft 4, Forstwirtschaft 1. Die 52 an Technischen Hochschulen Studierenden verteilten sich auf folgende Studienfächer: Landwirtschaft 3, Forstwirtschaft 4, Physik 1, Architektur 3, Geodäsie 2, Maschinenbauingenieurwesen 22, Elektrotechnik 5, Kraftfahrzeugbau 2, Schiffbau 4, Eisenhüttenkunde 2, Chemie 3, Sonstige 1.

## Kabinetttardieu vor dem Sturz.

### Entscheidung am Donnerstag.

Paris, 2. Dez. (A.A.) In den Wandelgängen der Kammer besprechen die Abgeordneten den möglichen Rücktritt des Kabinetts. Tardieu schreibt in einem Artikel im „Matin“, daß er vor dem Kampf nicht zurückschrecken werde. Alle Blätter sagen einen heftigen parlamentarischen Kampf bei der für Donnerstag beabsichtigten Interpellation im Senat über die allgemeine Politik voraus.

Paris, 2. Dezember. Der Oustric-Skandal hat nun doch über Frankreichs politischem Himmel schwere Gewitterwolken heraufbeschworen. Wer die französische Kammer kennt, dem fiel die vollkommen veränderte Haltung der Regierung auf, die mit einem Male jedes Siegesbewusstsein verloren hatte und verzweifelt Schritt für Schritt um ihren Platz kämpfte. Die Stellung des Kabinetts sowohl vor der Kammer als auch vor dem Lande durch den schweren Kampf vom Freitag nachmittag ist in ihren Grundmauern schwer erschüttert worden. Wer Tardieu in seinen Glangtagen bei der Abstimmung über den Youngplan und die Haager Abkommen gesehen hat, der kannte ihn nicht wieder. Aus dem scharfen, zynischen und oft ironischen Staatsmann, der mit wendenden Fahnen siegesbewusst alle Hindernisse der Opposition stürzte, war diesmal ein erbitterter, aber äusserst vorsichtiger Diplomat geworden, der alle Register seiner Geschicklichkeit ziehen musste, um wenigstens einen Teil seiner üblichen Mehrheit zusammenzuhalten und damit die erste Klippe der nunmehr beginnenden stürmischen Fahrt zu umschiffen.

Das Erstaunen aller war gross, als das Ergebnis der Stichwahl bekanntgegeben wurde, aus dem sich ganze 14 Stimmen Mehrheit ergaben, bei einem Kabinetttardieu von mehr als 30 Mitgliedern wahrscheinlich kein rühmendes Ergebnis.

Ist es das Vorzeichen eines langsamen Zerfalls des Kabinetts Tardieu oder werden die Hoffnungen der Opposition wieder einmal enttäuscht werden und sind ihre Andeutungen nur Einschüchterung? Deladier, der Führer der radikalen Sozialisten, der zahlenmässig stärksten Partei Frankreichs, hat am Freitag voriger Woche unzweideutig erklärt, dass 42 Mitglieder der Regierung und der Mehrheitsparteien mehr oder weniger weit in den Oustric-Skandal verstrickt seien. Die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der diesmal sicherlich Klarheit schaffen, werde über Sein oder Nichtsein der Regierung bestimmen.

Unter dem Titel „Radikale Massnahmen“ schreibt Jakup Kadri Bej in der „Milyet“, dass die Volkspartei, bevor sie mit der Reformarbeit an sich selbst beginne, einige Punkte vor Augen halten müsse. Die Prinzipien der türkischen Revolution seien immer noch weit davon entfernt, im Lande Wurzel gefasst zu haben. Auch für eine kommende republikanische Generation sei bisher nicht gesorgt worden. Die Volkspartei müsse, wenn sie zu ihrem Ziele gelangen wolle, gerade die entgegengesetzte Richtung des Weges einhalten, den sie bisher gegangen sei. Die Volkspartei müsse die Methode der Nutznutzung des Klanges der grossen Namen mit allen anderen ähnlichen Methoden der Jungtürken endlich der Geschichte überlassen, und überall und in jeder Situation sich auf die Kraft der von ihr vertretenen Ideen verlassen können. Diejenigen, die die Aufgabe der Sanierung der Partei übernommen haben, müssten die Unentbehrlichkeit der eingehenden Prüfung des neuen Aufbausystems selbst empfunden haben, ehe sie mit der Arbeit begannen.

In „Yarim“ widmet Arif Orutsch Bej seinen Leitartikel dem Staatspräsidenten und sagt unter anderem: „Das Volk wartet auf Ihre Entscheidung. Die Not der Bürger, die Ihnen sehr ergeben sind, ist gross. Sie sind in der Lage, um die letzte Entscheidung zu fällen. Geben Sie bitte die Richtung an, die dieses unglückliche Volk fortan beschreiten soll.“

Der Bürger, die Ihnen sehr ergeben sind, ist gross. Sie sind in der Lage, um die letzte Entscheidung zu fällen. Geben Sie bitte die Richtung an, die dieses unglückliche Volk fortan beschreiten soll.“

## Aus Deutschland.

### Eine neue Notverordnung.

Berlin, 2. Dezember. Durch die vom Reichspräsidenten unterzeichnete Notverordnung ist der Wirtschafts- u. Finanzplan der Reichsregierung in Kraft gesetzt worden. Morgen wird der Reichstag zu dem Reichshaushalt für das Jahr 1931 Stellung nehmen. In den nächsten Tagen wird dem Reichstag die Notverordnung zugestellt werden.

### Von der Abrüstungskonferenz.

Genf, 2. Dezember. In der heutigen Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz wurde der deutsche Antrag, der die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz auf den 5. November 1931 vorsah, abgelehnt. Der englische Chefdelegierte erklärte, dass der deutsche Antrag ohne jede Vorbereitung der Völkerbundesbehörde zugestellt worden sei. Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff erwiderte, dass der Antrag wohl überlegt und begründet sei und dass, wenn innerhalb 12 Monaten keine Vorbereitungen für die allgemeine Abrüstungskonferenz getroffen werden könnten, auch in 10 Jahren keine getroffen werden. Der englische Vorschlag, der Völkerbundsitzung am 18. Januar die Entscheidung über die Festsetzung der Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu überlassen, wurde schließlich angenommen. Gegen den Antrag stimmte Deutschland, Russland, Italien, Bulgarien und die Türkei.

### Niederlage Macdonalds im Unterhaus.

London, 2. Dezember (A.A.) Das Unterhaus hat mit 274 gegen 214 Stimmen den Antrag des Arbeitsministers, der eine Herabsetzung des Kredits für die Arbeitslosen vorsah, abgelehnt.

### Loslösung Birma's von Indien.

London, 2. Dezember (A.A.) Sämtliche Mitglieder des Komitees, das bei der Indienkonferenz über die Loslösung Birmas von Indien gebildet wurde, haben sich einstimmig für die Abtrennung Birmas von Indien ausgesprochen. Eine Spezialkommission wurde gebildet, die über die Frage der reibungslosesten Verwirklichung dieses Beschlusses beraten soll.

### Aus Spanien.

Madrid, 2. Dezember (A.A.) Aus Barcelona wird gemeldet, dass der Gouverneur die meisten Personen, die während des Generalstreiks verhaftet wurden, auf freien Fuss setzen liess. Sämtliche Arbeitssyndikate wurden verboten.

### Madrid, 2. Dezember (A.A.)

Wie die Zeitungen schreiben, wurden die 4 Angeklagten, die im Jahre 1926 ein Attentat gegen Primo ausführen wollten, zu je 8 Jahren Gefängnis verurteilt.

### Kommunisten-Tumulte in Washington.

Washington, 2. Dez. (A.A.) Vor dem Parlamentsgebäude veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration. 600 Personen trugen kommunistische Plakate. Die Demonstranten forderten die Freilassung der politischen Gefangenen. Die Polizei versuchte die Demonstration aufzulösen. Es kam zu einem Zusammenstoß. Die Polizei ging schließlich mit Tränengas vor. Eine Anzahl Frauen wurden aus dem Demonstrationszug verhaftet.

### Der rumänische Staatshaushalt.

Bukarest, 2. Dez. Obgleich der König den größten Wert auf eine rasche Verabschiedung des Haushalts legt, sind die Arbeiten bisher kaum von der Stelle gekommen. Vor allem sträuben sich die verschiedenen Ministerien gegen die unumgänglich nötigen Abstriche. Der Justizminister hat sogar mit seinem Rücktritt gedroht, auch das Unterrichtsministerium, dem Abstriche bis zu 1200 Millionen Lei zugemutet werden, verweigert jede Kürzung. Daß die Armee eine Erhöhung verlangt, bedarf im Zeichen der allgemeinen Abrüstung kaum eines besonderen Hinweises.

## Ernst Spannung zwischen Deutschland und Polen.

Berlin, Ende November.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen hat in den letzten Wochen eine derartige Zuspitzung erfahren, dass man nicht ohne Besorgnis der weiteren Entwicklung entgehen kann. Vor Monaten schien sich eine Entspannung in den Beziehungen der beiden Staaten anzubahnen, als das vielumstrittene Liquidations- und Finanzausgleichsabkommen unterzeichnet und ein deutsch-polnisches Handelsabkommen erreicht wurde. Die Auflösung des Warschauer Sejm verhinderte die Ratifikation dieser Abmachungen und in der Zwischenzeit hatte auch die schwierig gewordene wirtschaftliche Lage Deutschlands eine Situation geschaffen, durch die dieses Handelsprovisorium in Frage gestellt wurde; der Ausfall der deutschen Wahlen wirkte sich in Polen ebenso wie in Frankreich aus, die bekannte Rede des Reichsministers Treviranus gab den Anstoss zu einer deutschfeindlichen Bewegung, die immer größeren Umfang annahm. Die letzten Wochen haben nun Vorgänge gebracht, als deren Folge eine derartige Verschärfung der Beziehungen zwischen Berlin und Warschau eingetreten ist, dass es bald einer entscheidenden Wendung bedarf, wenn man nicht mit Möglichkeiten eines offenen Konfliktes zwischen Deutschland und Polen rechnen soll.

Den Höhepunkt der Spannung hat der Verlauf des Wahlkampfes in Polen herbeigeführt, dessen Art die deutsche Regierung zu offiziellen Schritten in Genf veranlasste. Man kann angesichts der vorliegenden Berichte das Vorgehen der deutschen Reichsregierung begreifen und ihm nicht den Charakter des Versuches einer Einmischung in innere Angelegenheiten Polens zuschreiben. Eine aus führenden Kreisen des Zentrums stammende Darstellung betont, dass das Vorgehen Deutschlands der Sorge um die friedliche Zukunft des Kontinentes entspringe. Man solle in Warschau nicht vergessen, dass der polnische Staat in seinen gegenwärtigen Grenzen von den Siegerstaaten als ein Bollwerk des Abendlandes gegen die illegale Gewaltherrschaft des bolschewistischen Systems geschaffen worden sei und in dieser seiner besonderen Mission auch im christlichen Mitteleuropa und an höchster kirchlicher Stelle besondere Beachtung und Nachsicht gefunden habe. War schon die Wiederaufrichtung des polnischen Staates eine europäische Angelegenheit, zu welcher niemand anders als Deutschland den ersten Anstoss gegeben habe, so sei es nicht minder ein europäisches Problem, was mit den zwölf Millionen Minderheitenangehörigen dieses Landes geschehe. Die Anerkennung der Minderheitenschutzbestimmungen durch die polnische Regierung, die während der Versailler und Genfer Verhandlungen in feierlicher Form statgefunden hat, habe tatsächlich erst die Voraussetzung für das heutige polnische Staatsgebilde gebildet. Es verdiene festgehalten zu werden, dass man Polen den Weichselkorridor und Ostoberschlesien nur zugesprochen habe, um dem industriearmen Lande Kohlen und Hüttenwerke für seine Rüstungsindustrie und einen Ausgang zum Meer mit dem Ziele einer direkten Handelsverbindung mit seinen westlichen Freunden zu geben. Das sei die einzige Entschuldigung für ein Verfahren gewesen, welches Millionen von Deutschen von ihrem Mutterland losriss, die Provinz Ostpreussen geographisch zu einer Insel machte und vier Fünftel des ober-schlesischen Industriebevölkerungszuspruch. Polen habe im letzten Dezennium nichts getan, was diese besondere Vorsorge und Freigebigkeit der Versailler Delegierten rechtfertigen könnte, und es beginne in den ehemals alliierten Ländern die Zweifel an der Richtigkeit ihrer damaligen Handlungsweise immer stärker Kreise zu ziehen. Der Vandalismus polnischer Kavallerie in die Landgemeinden der Ukraine, wo man

## Erklärungen Stimson's.

Washington, 2. Dez. (A.A.) Ueber die weitere Auflegung von Anleihen zu Gunsten Europas in den U. S. A. erklärte Stimson, dass die U. S. A. mit keiner ausländischen Regierung mehr ein Abkommen über eine Anleihe abschließen werde, da das Geld nur zu Rüstungszwecken Verwendung finde.

## Einwanderungsverbot für russische Emigranten.

Washington, 2. Dez. (A.A.) Dem Senat wurde ein Gesetzentwurf zugeleitet, welcher die russische Einwanderung verbietet.

## Wieder ein ukrainischer Priester verhaftet.

Warschau, 2. Dez. In einer Ortschaft bei Tarnopol wurde, wie aus Lemberg gemeldet wird, neuerdings ein ukrainischer Priester unter dem Verdacht einer staatsfeindlichen Tätigkeit verhaftet.

**Gestriger Schluss-Kurs**  
**1 Reichsmark = 50.50 Piaster.**